

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/222

19. November 1976

Vorurteile begrenzen Arbeitswelt der Frauen

Vorschläge zur Lösung eines drängenden Problems

Von Elfriede Eilers MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemo-  
kratischer Frauen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

20 Jahre Deutscher Presserat

Demokratie kann ohne freie Presse nicht bestehen

Von Fritz Sängler

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Strauß "regiert" schon jetzt in Bayern

Eine Flut von CSU-Skandalen überschwemmt das ganze  
Bundesland

Seite 5 bis 7 / 119 Zeilen

Chalredakteur: Dr. Erhardt Eckerl

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 80 35/39  
Telex: 09 66 846-48 pabr d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Vorurteile begrenzen Arbeitswelt der Frauen

Vorschläge zur Lösung eines drängenden Problems

Von Elfriede Eilers MdB

Bundesausschitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen  
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seit Beginn der krisenhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung sind die Frauen - neben den Jugendlichen - eine der am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen. Nach letzten Meldungen sind mehr Frauen als Männer arbeitslos, obwohl Frauen nur ein gutes Drittel der Erwerbstätigen stellen. 52,2 vH aller Arbeitslosen in der Bundesrepublik sind Frauen.

Die Frauenarbeitslosigkeit hat neben strukturellen zum Teil auch gruppen-spezifische Ursachen: Bildungsdefizite der Frauen im Vergleich zu besser ausgebildeten Männern; eingeschränkte Vermittlungstätigkeit für Arbeitsplätze aufgrund von Teilzeitarbeitswünschen; fehlende Mobilität durch familiäre Verpflichtungen; sowie einseitige Verwendungsmöglichkeiten und Beschäftigungswünsche für wenige Bereiche des Arbeitsmarktes.

Diese spezifischen Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind mit ein Ergebnis jahrhundertalten Fehlverhaltens der Gesellschaft zur Erwerbstätigkeit der Frauen. Die Lebensplanung der Eltern für ihre Töchter sah - und sieht zum Teil auch heute noch - berufliche Karriere nicht vor. Auf qualifizierte Bildung und Ausbildung, sicherstes Mittel gegen Arbeitslosigkeit, wird bei Mädchen eher und leichter verzichtet als bei Jungen. Neuester Beweis für diese These: der überproportionale Rückgang der Studienabsichten der Abiturientinnen. Während 79 vH der männlichen Abiturienten des Jahrgangs 1976 Studienabsichten äußerten, ist dies bei den Mädchen nur zu 70 vH der Fall. Im Vorjahr 1975 waren es immerhin noch 75,2 vH. Die Studienwilligkeit ging bei den Mädchen um 4,8 vH, bei den Jungen dagegen nur um 2,4 vH zurück.

Diese Tatsache muß im Zusammenhang mit einer weiteren Meldung alle Verantwortlichen bedenklich stimmen. Im Bereich der Industrie und des Handels ist die Zahl der Ausbildungsverhältnisse für Mädchen wesentlich stärker als für Jungen zurückgegangen. Einer der Gründe hierfür ist der personelle Abbau in den kaufmännischen und Büroberufen. Gerade auf diese Ausbildungsarten konzentrieren sich aber die Berufswünsche der Mädchen. Anders liegen die Verhältnisse im öffentlichen Dienst. Hier ging die Zahl der männlichen Auszubil-

denden um zehn vH zurück und stieg bei den weiblichen Ausbildungsverhältnissen um 20 vH. Der öffentliche Dienst ist anscheinend ein Ventil zur Entlastung des weiblichen Arbeitsmarktes und der Arbeitssituation für Frauen.

Das Unterstützungsprogramm der Bundesregierung zur Wiedereingliederung von schwer vermittelbaren Arbeitskräften in Höhe von 430 Millionen DM muß den Frauen als schwer vermittelbaren Arbeitskräften zugute kommen, entsprechend ihrem hohen Anteil in der Arbeitslosenquote. Diese Maßnahme ist geeignet, die bestehende Frauenerbeitslosigkeit wesentlich zu mindern, wenn auch das Ziel, das die Förderung der Mobilität beinhaltet, von ihnen weniger in Anspruch genommen werden kann. Ziel einer verantwortungsbewußten Beschäftigungspolitik für Frauen muß aber zusätzlich die Beseitigung des nach Geschlechtern getrennten Arbeitsplatzangebotes sein. Die Konzentration der Mädchen auf nur wenige der vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten muß verändert werden.

In diesem Zusammenhang sollte durchaus die Empfehlung des Frauenausschusses der IG Metall erörtert werden, den Arbeitgebern Zuschüsse zu den Kosten für die Ausbildung von Frauen in gewerblich-technischen Berufen zu gewähren. Nur mit unkonventionellen Mitteln können Konventionen durchbrochen werden, in diesem Falle die einseitige Beschäftigung von Frauen in wenigen Bereichen und die damit zusammenhängende Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze. Aber auch die Unternehmer müssen mit den bisherigen Konventionen in der Ausbildung von Mädchen brechen: Bisher einseitig männlich besetzte Arbeitsplätze müssen auf ihre Verwendbarkeit bzw. Umgestaltung für Frauen hin überprüft werden und bisher rein männlich orientierte Lehrstellenangebote müssen Mädchen stärker zugänglich gemacht werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen hat ihre für Juni 1977 angekündigte Bundesfrauenkonferenz unter das Thema "Recht auf Arbeit - Grundrecht für Frauen" gestellt. Es bleibt zu hoffen, daß die Vorschläge dieser Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Arbeitssituation von Frauen im Interesse aller Beteiligten beitragen. (-/19.11.1976/vd/or/ee)

+ + +

20 Jahre Deutscher Presserat

Demokratie kann ohne freie Presse nicht bestehen

Von Fritz Sänger

Das unabhängige Gremium der 22 Mitglieder des Deutschen Presserates hat sich mit seiner Leistung durchgesetzt. Mehr in der öffentlichen Meinung als leider in der Presse selbst hat er in diesen zwei Jahrzehnten den Ruf erworben, eine Institution zu sein, die über eine "redliche Aufgabenerfüllung der Presse" wacht. Diese Aufgabe stellte sich inmitten des Ersten Weltkrieges 1916 die schwedische Presse und errichtete dazu einen Ausschub. Er hatte Erfolg. Erst vier Jahrzehnte danach, am 20. November 1956, bildeten auch die deutschen Zeitungsverleger und Journalisten ein solches Kollegium, das alles in allem die gleiche Aufgabe zu erfüllen versucht.

Die Entstehung des Presserates in der Bundesrepublik war nicht zuletzt dadurch ausgelöst worden, dab der damalige Bundesminister für Inneres, CDU-MdB Dr. Robert Lehr (1950 bis 1953), einen Entwurf für ein Gesetz zur Regelung des Presserechts vorgelegt hatte, der von allen Seiten empört abgelehnt wurde. Dem Manne war nichts besseres eingefallen als eine Erinnerung an eine Nazi-Einrichtung: Er wollte amtliche Pressekammern errichten, wie einst eine Reichspressekammer bestand. Die entschiedene Abwehr führte mit zu der Überlegung, dab die Presse sich selbst eine Ordnung schaffen müsste und könne und so erreichen würde, Auswuche zu verhindern oder zu beseitigen.

Der Presserat entstand aus der Einsicht, dab eigene Verantwortung die beste Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit der Presse in der Demokratie sei. Ohne ein Gesetz, ohne amtliche Hilfe oder eine finanzielle Grundlage aus öffentlichen Mitteln begannen zunächst fünf Journalisten und fünf Verleger, Ziele und Grenzen der Aufgaben festzustellen. Ein Jahr später waren es zwanzig Mitglieder, zehn Verleger der Tagespresse und Zeitschriften und zehn Journalisten, die bemüht blieben, ohne Exekutivbefugnisse allein durch das Ansehen, das sie als Persönlichkeiten und im Beruf genossen, die deutschen Zeitungen und Zeitschriften zu einer "redlichen Aufgabenerfüllung" zu bewegen oder anzuhalten oder zurückzukehren. Das wurde keine "Verschwörung der Presse", keine Interessenvertretung, wiewgleich es unvermeidlich war, dab die Zusammensetzung von Verlegern und Journalisten die Gefahr des Interessenaus-

gleiches, des Kompromisses in der Sicht der Presse, realisieren konnte. Von vornherein hätte der Presserat gut daran getan und seiner Sache genützt, wenn er auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu sich gerufen hätte. Der britische Presserat hat einen Juristen von hohem Rang und Ansehen, Lord Shawcross, als Vorsitzenden. Der Deutsche Presserat erwägt eine ähnliche Maßnahme, aber zu lange schon blieb es bei der Erwägung.

Die Leistung, mit der sich der Presserat das Ansehen in der deutschen und in der internationalen Öffentlichkeit errang, entstand aus beharrlicher sachlicher Arbeit. Dazu gehört die Durchleuchtung der wirtschaftlichen Situation der Presse, wie sie durch die allzu umfangreiche Konzentration der Verlage nötig wurde. Leider hat auch diese umfangreiche und ergiebige Arbeit nicht zu einem entsprechenden Verhalten der verantwortlichen Bundesregierung Anlaß gegeben, die Vielfalt der Presse und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit durch effektive Maßnahmen sichern zu helfen.

Ein Codex mit entscheidenden Grundsätzen für das Verhalten der Presse, den der Deutsche Presserat 1973 dem Bundespräsidenten notifizierte und Richtlinien für die redaktionelle Arbeit haben sichtbar dazu beigetragen, die Aufgabenerfüllung "redlich" vorzuzeichnen. Es ist eine andere Frage, wie weit diese wichtige und nützliche Tätigkeit des Presserates in allen Zeitungen Erfolg gehabt hat. Ein Beschwerdeausschuß des Presserates erhält deshalb eine ständig wachsende Zahl von Klagen über wirkliche oder vermeintliche Verletzungen dieser Thesen.

Auch wenn viel Anlaß ist, mit Dank und Respekt die Arbeit des Deutschen Presserates zu würdigen, darf hinzugefügt werden, daß eine schöpferische Leistung zur Festigung der Position der Presse, wie sie das Grundgesetz festgestellt hat, hinter der notwendigen Aufgabe hat zurückstehen müssen. Dennoch war jeder Beschluß, auch mancher nur zaghaft formulierte, ein Schritt zu dem Ziel, die Presse zu stärken und zu sichern, damit sie von staatlichen, gesellschaftspolitischen und kommerziellen Einflüssen unabhängig ist. Sie muß ihre Aufgabe als Kontrolleur der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten durch Regierung, Verbände oder andere Interessenten in eigenen Entscheidungen erfüllen. Die Demokratie kann nicht bestehen, wenn es keine freie, mutige und redliche tätige Presse gibt, die in eigener Verantwortung und ohne Rücksicht auf Interessen nur um der Sache willen handelt. Sie muß dem Ganzen dienen.

(-/19.11.1976/vd/or/ee)

### Strauß "regiert" schon jetzt in Bayern

#### Eine Flut von CSU-Skandalen überschwemmt das ganze Bundesland

Mit Übermut und Arroganz setzt sich derzeit die in Bayern mit 62 vH allein herrschende CSU über eine Reihe von Skandalen hinweg, die unter normalen Mehrheitsverhältnissen längst einschneidende personelle Konsequenzen gehabt hätten. Das höchste jedoch, wozu man sich im weiß-blauen Freistaat aufreißt, sind halbherzige Versuche, sich herauszureden oder die Bankrotterklärung von CSU-Fraktion und CSU-Kabinett, die sich mit dem Lehrerbildungsgesetz so vergaloppierten, daß sie die ihnen obliegenden Entscheidungen willig dem Bundestagsabgeordneten Franz Josef Strauß überließen.

In der Tat hat die bayerische Regierungspartei selten soviel Angriffspunkte auf einmal geboten, wie jetzt, doch unbewegt läßt sie alle Kritik von "Wählerbetrug" bis "Skandal" an sich abprallen, und das nicht etwa aus einer besonderen inneren Geschlossenheit heraus, sondern offenbar in dem Gefühl, daß 62 vH ein Kapital sind, das mühelos Verluste verkraften und interne Unstimmigkeiten irrelevant machen kann. Eine andere Erklärung ist kaum möglich.

Wie sonst sollte man an einem Staatssekretär festhalten, der Parteispenden engros annahm: von einem Unternehmen, das von Entscheidungen seines Ministeriums abhing? Noch dazu, wo sich dieser Wirtschaftsstaatssekretär dadurch nicht nur ins Zwielflicht gebracht, sondern obendrein noch lächerlich gemacht hat, indem er öffentlich erklärte, der Unternehmer habe nur so reichlich gespendet, weil er, Franz Sackmann, ihm die Armut seines Partei-Bezirks entsprechend geschildert habe. Derselbe Staatssekretär vergab nicht nur mit kaum zu überbietender Großzügigkeit und Diskretion Nebentätigkeitsgenehmigungen an seinen persönlichen Referenten, den Ministerialrat Dr. Herwig Dörrbecker, der sich auf diese Weise am Feierabend 300.000 DM von eben jenem spendenfreudigen Unternehmer hinzuverdiente, sondern versprach dem tüchtigen Beamten auch noch schriftlich eine vorzeitige Beförderung zu dem Zeitpunkt, da er aus den Diensten der CSU-Landtagsfraktion (zu denen er für zwei Jahre Urlaub bekam) zurückkehrte.

Flotte Karrieren von Beamten, die der Regierungspartei angehören, spießte die sozialdemokratische Opposition in zwei weiteren Fällen auf: dazu gehört die des Ministerialdirektors Lothar Müller, der kürzlich im Zusammenhang mit der Steueraffäre des "Wienerwald"-Hühnerbraters und Strauß-Intimus Jahn genannt wurde. Müller, höchster Beamter im Finanzministerium, soll nach einem Bericht des "Spiegel" großzügig auf mehr als zwei Millionen DM Steuer-

nachzahlung des "Wienerwald-Konzerns" verzichtet haben. Und schließlich ist auch die Karriere des Staatskanzlei-Ministerialdirigenten Dr. Ferdinand Jaquet ein Stück "schwarzen Humors". Ausgerechnet diesen Mann, der an unbezahlten Urlaubstagen 46.000 DM verdiente, wollte der Ministerpräsident Alfons Goppel zum Präsidenten des Obersten Rechnungshofes machen; als das wegen der massiven öffentlichen Kritik unmöglich wurde, ernannte der "Landesvater" seinen Jaquet zum Vorsitzenden jener Kommission, die sich mit der Revision des Nebentätigkeitsrechts für Beamte befassen soll. Der Bock soll sich als Gärtner betätigen.

Hohe Wogen schlägt seit Wochen die Auseinandersetzung um das Lehrerbildungsgesetz. Der CSU-Kultusminister wollte es im Einvernehmen mit der Landtagsfraktion für drei Jahre auf Eis legen; angeblich aus finanziellen Gründen, doch da rechnete der CSU-Finanzminister dem Kultuskollegen öffentlich vor, daß doch ein paar Millionen für diesen Zweck bereitstünden, und der Lehrerverbandspräsident erklärte ziemlich unverblümt, man werde der CSU bei der nächsten Wahl eine deutliche Quittung für die Aussetzung dieses vor der letzten Wahl einmütig verabschiedeten Werkes liefern. Die Opposition sprach schlicht von Wahlbetrug. Kabinett und Landtagsfraktion der CSU warfen daraufhin das Handtuch und überließen es dem CSU-Landesvorsitzenden, nach Gespräch mit den Lehrern zu entscheiden, daß das Gesetz Mitte nächsten Jahres in novellierter Form in Kraft treten werde. Widerspruch gegen diese Strauß-demokratische Legialatur-Methode erhob sich nicht, denn man ist offenbar froh, eine Marshrouten aufgezwungen zu bekommen: via Presse-Erklärung des großen Vorsitzenden, der den Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion über seine Aktivitäten nicht einmal selbst informierte. Recht blamabel für diesen August Lang, der kürzlich bei seiner Wiederwahl zum Chef der 132-köpfigen Regierungsfraktion nur 68 Stimmen bekommen hatte.

Doch Lang ist nicht der Einzige, über dessen weiteres Schicksal mit Recht Mutmaßungen angestellt werden. CSU-Finanzminister Dr. Ludwig Huber hat trotz der Kritik, daß er einen Haushaltsplan aufstelle, den er nicht mehr zu verantworten gedenke, bis jetzt nicht demantiert, daß er beabsichtige, sich Mitte 1977 auf den gutdotierten Präsidentenstuhl der Landesbank zurückziehen. Staatssekretär Franz Sackmann dürfte wohl, wenn auch unfreiwillig, ausscheiden, und Innenminister Bruno Merk hat keineswegs endgültig ausgeschlossen, daß auch er in absehbarer Zeit der Politik den Rücken kehren werde. Ihr

werden Ambitionen auf den Präsidentensitz des Sparkassen- und Giro-Verbandes nachgesagt.

Höchste Unsicherheit über das Schicksal des bayerischen Kabinetts aber verursacht das Unwissen um die Pläne des CSU-Landesvorsitzenden. Will er Goppel ablösen, und wenn ja, wann? Wenn nicht, wer folgt Goppel 1978? Favorit Max Streibl vom Umweltministerium? Sicher ist, daß einige Kabinettsmitglieder keine Neigung haben, einem Kabinett Strauß oder Streibl anzugehören, und daß auch die beiden Favoriten von sich aus für Fluktuation sorgen werden.

Bayerns "Botschafter" in Bonn, Dr. Franz Heubl, dürfte denn kaum noch dabei sein, auch wenn ihm jetzt seine Beamten vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß untadelige Amtsführung bescheinigen und nicht die in dem angeblich von Strauß initiierten Pamphlet aufgestellten Vorwürfe mangelnder Arbeitslust und übermäßiger Trinkfreude bestätigen (bis auf Heubls Münchner Spitzenbeamten, der inzwischen wieder umgefallen ist). Dieses Pamphlet erweist sich auf jeden Fall als deftige Ohrfeige für die CSU: Entweder gehört der Minister wegen berechtigter Vorwürfe aus dem Amt entfernt, oder aber der weil sich damit die unersüßlichen Methoden, mit denen man CSU-intern Personalpolitik betreibt, entlarven. Ein Eingeständnis delikater Art leistete sich Franz Josef Strauß, als er dem Parlamentsausschuß wissen ließ, daß er von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch mache und auch seinem ehemaligen persönlichen Referenten Voss eine Aussage verboten habe.

Aber nicht nur diese Frage ist augenblicklich Arbeitsthema eines Untersuchungsausschusses. Die drei Untersuchungsausschüsse, die gegenwärtig arbeiten, sind das deutlichste Zeichen dafür, in welchem beklagenswerten Zustand die parlamentarische Demokratie in Bayern durch den 62 vH-begründeten Übermut der CSU geraten ist. Würde nämlich die Regierung im Landtag befriedigende Antworten geben, wäre es nicht nötig, die Wahrheit über manche Vorgänge durch dieses härteste aller parlamentarischen Mittel zu erforschen. Da nicht damit gerechnet wird, daß im Parlament hinreichende Aufklärung über die Steueraffäre Jahn gegeben wird, dürfte der vierte Ausschuß demnächst ins Leben gerufen werden. Der fünfte zur Durchleuchtung der Vorgänge Glöggl/Dörrbecker/Sackmann ist schon angekündigt. Bayerns SPD ist keineswegs sicher, daß das dann der letzte Ausschuß sein wird, der notwendig ist, um CSU-Affären zu klären. Denn angesichts der Fülle skandalöser Vorgänge, die schon offenkundig wurden, fürchtet man, erst die berühmte Spitze des Eisbergs gesichtet zu haben.

Diese Ansicht ist nicht ganz so abwegig, denn gerade in den letzten Wochen hat sich gezeigt, daß die Dinge nur tröpfchenweise an die Öffentlichkeit dringen. So erfuhren die Bürger Bayerns erst in diesen Tagen, was alles möglich ist: Obwohl der Wirtschafts-Ministerialrat Dörrbecker seit Monaten unrühmliche Schlagzeilen macht (und CSU-Minister Anton Jaumann im September schon schnelle und rückhaltlose Aufklärung seiner Aktivitäten angekündigt hatte), wurde erst jetzt bekannt, daß dieser "tüchtige" Beamte auch dadurch noch einen 60.000 DM-Nebenverdienst erwarb, indem er den Verkauf eines Sees von einem Privatmann an seinen Arbeitgeber, den Freistaat Bayern, makelte.

CSU-Ministerpräsident Alfons Goppel läßt die Zügel weiter schleifen. Er nimmt es teilnahmslos hin, daß wichtige Entscheidungen ohne das Kabinett getroffen werden und betrachtet sich offensichtlich nur noch als Statthalter für den CSU-Vorsitzenden. Die Demontage des 71jährigen wird immer geschmackloser, der Zufall der Christsozialen immer deutlicher.

Ingrid Burkert  
(-/19.11.1976/va/pr)

+ + +  
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller

Schlagzeilen-Berichtigung für den Dienst vom 11. November:

"Wettkampfhilfen für Hochleistungssportler?"